

**Bezugspresse:**  
für Halle monatlich bei zweimaliger  
Ausstellung 7.50 Mark, vierteljährlich  
18.50 Mk., durch die Post 22.50 Mk.  
auswärts Zustellungsgebühren. Be-  
stellungen werden von allen Reichs-  
postämtern angenommen. Im  
amtlich. Zeitungsverzeichnis unter  
Halle-Zeitung eingetragen. Für  
ausserhalb eingegangene Manu-  
skripte wird keine Gewähr über-  
nommen. Nachdruck nur mit der  
Erlaubnis der „Halle-Zeitung“ ge-  
stattet. Ferner der Geschäftsleitung Nr.  
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1418  
u. 1411, der Bezugs-Abt. Nr. 1133

Morgen-Ausgabe.

**Anzeigenpreise:**  
Die 8 gespaltene 34 mm breite Milli-  
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,  
Samstagsanzeigen 40 Pf., Beilagen  
2.50 Mark. Anzeigen nehmen an  
unserer Geschäftsstelle u. sämtliche  
Anzeigenschäfte. Erfüllungsort:  
Halle. Erscheinung täglich 1 mal,  
sonntags und Montags 1 mal.  
Einführung und Haupt-Be-  
schäftigung: Halle, Neue Drom-  
straße 1a, C. Drouhaussil. 17.  
Eben- u. Geschäftsstellen: C. Drou-  
haussil. 17 u. Markt 24.  
Verlag-Konto Leipzig Nr. 4609.

# Halle-Zeitung

Verundfünfzigster Jahrgang.

Nr. 459.

Halle, Freitag, den 1. Oktober 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

## Verständigungsversuche in Riga.

Eine französisch-amerikanisch-deutsche Finanzkombination für Rußland — Reichstagspräsident Löbe über die innere Lage Landtagswahlen drei Monate nach Verabschiedung der Verfassung.

### Kohlenchemie und Sozialisierung der Nebenproduktengewinnung.

In den letzten Tagen haben in der Presse verschiedentlich hervorragende Journalisten zu der Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaues Stellung genommen, die bekanntlich bei den Beratungen der Sozialisierungskommission nicht gehört worden sind. In der „Deutschen Bergwerkszeitung“ (Nr. 227 vom 28. September) beschäftigt sich jetzt Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Franz Fischer, der verdienstvolle Leiter des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Kohlenforschung, der als erste Autorität auf dem Gebiete der Weiterverarbeitung der Kohle angesehen wird, mit der Frage einer Sozialisierung der Nebenproduktengewinnung. Wir lassen die außerordentlich bemerkenswerten Ausführungen nachstehend folgen:

„Der Vorschlag I der Sozialisierungskommission (Vor-  
schlag Lederer) will auch die Nebenproduktengewinnung so-  
zialisieren. Wenn es auch schwer halten wird, die Mitunter-  
nehmer des Vorschlages Lederer zu überzeugen, daß der  
Bergbau sehr wohl noch entwicklungsfähig ist — denn was  
ist nicht entwicklungsfähig, wenn ideenreiche und energiegel-  
be Köpfe es in die Hand nehmen? — und daß damit das Haupt-  
argument für die sofortige Sozialisierung wegfällt, so  
glaube ich doch, daß man sich der Einsicht nicht wird ver-  
schließen können, daß man mit dem Einbeziehen der Neben-  
produktengewinnung in die Sozialisierung so ziemlich das  
Erreichbare machen würde, was möglich ist. Wenn ich im  
folgenden versuche, dies in der Presse zu beweisen, so kommt  
dies daher, daß die Sozialisierungskommission bisher meine  
Ansicht nicht gehört hat. Warum, weiß ich nicht. Doch nun  
zur Sache!

Man sage nicht, man wolle nur die bestehende Neben-  
produktengewinnung sozialisieren, neu aufzutretende Verfahren  
aber nicht. Man sage auch nicht, die Nebenproduktengewinnung  
sei eine fertige, nicht mehr entwicklungsfähige Sache.  
Grundfalsch ist dies. Im Gegenteil, in den Kinderjahren  
steht sie.

So wie sie zur Zeit betrieben wird, ist sie geworden  
aus dem Koksbedarf der Eisenhüttenindustrie. Ihr muß  
die Koks in Menge und Art liefern, wie der Hochofen  
ihn braucht, deshalb heißt alles andere, was nebenbei ge-  
wonnen wird, Nebenprodukt, wenn es auch inzwischen außer-  
ordentlich wichtig geworden ist. Wird der Koks eines Tages  
nicht mehr gebraucht — ich erinnere an die elektrisch und die  
mit Gas betriebenen Hochofen im Ausland —, dann wird  
er sich gänzlich umformen und es wird eine chemische Kohle-  
stoffindustrie auf der Basis der Kohle an ihre Stelle treten,  
die uns vom Ausland unabhängiger macht. Ich darf da  
an meinen Vortrag erinnern, den ich vor einigen Wochen in  
Hannover vor dem Verein Deutscher Chemiker gehalten  
habe. Jetzt beginnen die schätzvollen Arbeiten unseres In-  
stituts für Kohlenforschung, Licht und Anregung in die Pro-  
zesse der Technik zu bringen. Wer aber kann die Verbesse-  
rungen und neuen Dinge heute in Angriff nehmen? Bei  
uns in Deutschland niemand. Das Ausland wird es tun.  
Unsere Techniker in der Kohlenindustrie wissen nicht, was  
kommt. Wer soll noch Kapital investieren! Sie sind Ge-  
walttätigkeiten vorbrecherischer Elemente ausgeleert und kön-  
nen noch froh sein, wenn sie mit heiler Haut aus den dauern-  
den Verhandlungen und Unruhen herauskommen. So steht  
die Einführung der Koksindustrie vor verschlossenen Türen,  
und daher kommt die Stagnation.

Daß die „kapitalistische“ Industrie das lebhafteste Inter-  
esse für die Verbesserung der Nebenproduktengewinnung, für  
ihre Erweiterung zu einer umfassenden chemischen Kohlstoff-  
quelle hat und schon vor dem Kriege befaßt, zeigt deutlich das  
Müllermeier Kohlenforschungsinstitut. Aus der Stiftung  
eines führenden Großindustriellen kam ursprünglich das  
ganze Kaufkapital. Die Betriebskosten zahlte freiwillig die  
Industrie. Der Staat selbst gibt gar nichts. Keine einzige  
Verpflichtung hat mit der Industrie auferlegt. Es besteht  
lediglich das Vertrauen und der Wunsch einsichtiger und  
weiblicher Männer, daß die der Forschung zur Verfügung  
gestellten Mittel zu wissenschaftlicher und technischer Pionier-  
arbeit auf dem Gebiete der Kohlenchemie Verwendung fin-  
den. Ich stelle dies ausdrücklich fest, um zu zeigen, daß die  
Nebenproduktengewinnung einer durch Forschungsarbeiten  
vorbereiteten neuen Entwicklung entgegensteht. Aber auch  
die bestehenden Anlagen lassen vor tiefgreifenden Verbesse-  
rungen. Die Gewinnung des Schwefels aus den Koksre-  
sourcen ist in ein neues Stadium getreten; der Erfolg der  
Schwefeläure, die zur Herstellung von Ammoniumsulfat ver-

braucht und die aus größtenteils ausländischem Material  
hergestellt wird, durch einheimische Produkte, die Verarbeitung  
der Gase, die neuen Kenntnisse über die Entstehung des  
Benzols im Koksolen, das sind alles Zeichen dafür, daß auch  
die bestehende Nebenproduktengewinnung im Begriff ist, neu  
und teilweise anders aufzubauen und daß sie das unge-  
eignetste Objekt ist, das man zur Sozialisierung heranziehen  
kann.

Nur wenn sie in freiem, freiem Flusse bleibt, dem Er-  
findergeiste und der Unternehmertum ein freies Feld, dann  
werden wir Deutsche aus der Kohle hochwertige Produkte  
machen können, sonst — macht es zu unserem Schaden das  
Ausland, und wir werden die Produkte für schweres Geld  
dort kaufen müssen.

### Die Klärung der Braunkohlenfrage.

Die hochgespannten Erwartungen, die man hier und da  
an die Heranziehung von Braunkohlen, Torf und sonstigen  
Brennstoffen geknüpft hat, auf das richtige Maß zurückzu-  
führen, war die Aufgabe der feuerungstechnischen  
Tagung der Hauptstelle für Wärmewirt-  
schaft am 16. bis 18. September 1920. Der ganz außer-  
ordentliche Jutro zu den Vorträgen zeigte, welche Bedeu-  
tung unsere Industrie diesen Fragen beizumessen. In der  
Sauptfrage der früheren Heranziehung der Kohlenkohlen  
ischen Vorträge und die schärfste Aufgabe erkennen, daß  
die Industrie, soweit Dampfmaschinenleistungen in Frage kom-  
men, die technischen Schwierigkeiten und nicht unerheblichen  
Kosten einer teilweisen Umstellung von der Steinkohle-  
feuerung auf die feuerung mit Rohbraunkohlen nicht als  
unüberwindlich ansieht, und daß sie auch die zu erwartenden  
höheren Kosten für die Gewinnung der Dampfkraft in Kauf  
nehmen würde, wenn sie die Sicherheit hätte, für eine Reihe  
von Jahren mit den nötigen Mengen von Rohbraunkohlen  
bestimmter Herkunft beliefert zu werden. Diese für einen  
Unternehmen gerechnet verlässlichen Betrieb erforderlichen  
Sicherungen können nun wohl in gewissen Umfange von  
den Braunkohleneinsteigern erfüllt werden, da dort eine  
Steigerung der Förderung möglich ist. Ausschlaggebend für  
die Durchführung des Betriebes mit Braunkohlen ist jedoch  
festen Endes die Möglichkeit der Herbeischaffung der Braun-  
kohlen, und hier kommt zu der herkömmlichen Angst unserer  
Verkehrsverhältnisse hinzu, daß die Beförderung der Koh-  
lenkohlen ist noch ihrer Güte die doppelte bis dreifache  
Zahl von Eisenbahnwagen erfordert als Steinkohle. Hier  
haben also unsere Eisenbahnverwaltungen das Wort! Eine  
besondere Stellung in der Braunkohlenfrage nehmen die  
höflichen Temperaturen und keramischen Oefen ein, die ihre er-  
forderlichen hohen Temperaturen bei Verwendung von  
feuchten Braunkohlen überhaupt nicht oder nur mit sehr kost-  
spieligen Sonderanordnungen erreichen können. Für diese  
Zwecke muß daher normalerweise das Braunkohleerzeugnis be-  
sondere Vorrichtungen, dessen Herstellung bekanntlich außer-  
ordentlich unwirtschaftlich ist. Ueber die Verfeuerung von  
Torf in Kammrohrofen wurden auf der Tagung günstige  
Ergebnisse mitgeteilt. Hier ist jedoch einer allgemeinen Ver-  
feuerung der hohe Preis hinderlich. Von der Kohlenstauf-  
feuerung, die ebenfalls in den Kreis der Betrachtung gezogen  
wurde, erwartet man bei dem hohen Stande der Mahlkosten in  
Deutschland mangelnde Erfolge, obwohl auch hier Schwierig-  
keiten in Folge der entwicklungshohen Temperaturen auf-  
treten. Schließlich seien die mangelhafte Wäme erwähnt, die  
für einen wirtschaftlichen Betrieb der Zentrifugierungen ge-  
geben wurden. Es handelt sich um eine zweckmäßige Ver-  
dichtung und Wartung, sowie ebenfalls um die Heranziehung  
von mindermertem Brennstoff.

Auf der Verhandlung kam wieder zum Ausdruck, daß  
abgesehen von den vorerwähnten grundlegenden Schwierig-  
keiten, bei der Umstellung auf Braunkohlen unbedingt von  
Kall zu Kall unter schwerfälligem Beitrag auf die zu ver-  
feuernde Braunkohlenorte und auf die Leistungsfähigkeit  
der Nebenanlagen wie Förder- und Beladungsanlagen Rücksicht  
zu nehmen sei, damit keine vorzeitigen Entschlüsse gefaßt  
werden. Der Gesamtbericht über die Verhandlungen, der  
von allen Beteiligten mit Spannung erwartet wird, soll  
unter der Mitwirkung wissenschaftlich hervorragender Ver-  
ständigen demnächst im Verlage des Vereines deutscher  
Ingenieure veröffentlicht werden.

### Reichsunterstützung des Notstandsdienstes

Berlin, 28. Sept. Der „Dena“ wird geschrieben: „Die  
Technische Nothilfe hat als eine starke Stütze zur Auf-  
rechterhaltung eines geordneten Wirtschaftslebens — wenig-  
stens der lebenswichtigen Betriebe — sich so trefflich  
bewährt, daß es nur mit Genugtuung zu begrüßen ist,  
wenn das Reich seinerseits der Nothilfe diejenigen mate-  
riellen Mittel zur Verfügung zu stellen bereit ist, deren sie  
zur Durchführung ihrer hohen sozialen Aufgabe bedarf. Auch  
die Entente muß ein lebhaftes Interesse daran haben, daß  
die deutsche Technische Nothilfe aktionsfähig bleibt. Denn

gelingt es nicht, mit öffentlichen Wohlfahrtsanstaltungen  
von der Art des Notstandsdienstes die Angriffe des Streik-  
notstandes auf die wichtigsten Grundbedürfnisse wirtschaftlicher  
Betätigung abzuwehren, so wird auch die Erfüllung der harten  
Friedensbedingungen unmöglich. Zwar hat es der Tech-  
nischen Nothilfe bis auf den heutigen Tag nicht an Gegnern  
gefehlt, diese befinden sich aber ausschließlich in den Reihen  
derer, die alle Maßnahmen gegen ihr gewalttätiges Vorgehen  
als eine unzulässige Beeinträchtigung ihrer vermeintlichen  
Freiheitsrechte verunglimpfen. Es kann daher nicht häufig  
genug auf die vom Reichsministerium des Innern erlassenen  
Richtlinien für das Eingreifen der Technischen Nothilfe ver-  
wiesen werden, in denen dies als eine Arbeitsgemeinschaft  
bestehend wird, die zur Sicherung der inneren Ruhe und  
Ordnung und des Wiederankaufes des Wirtschaftslebens  
Notstandsarbeiten dort verrichten soll, wo es sich um die  
Aufrechterhaltung gefährdeter lebenswichtiger Betriebe han-  
delt, die ferner in Fällen der Not, z. B. Feuers- und Wasser-  
not, Eisenbahnunfällen usw. eingreifen soll. Die Werbung  
freiwilliger, einzelner Helfer bedarf keineswegs in den 24  
Bundesbezirken, in die das Reich eingeteilt ist, ist so er-  
folgreich von Seiten angegangen, daß gegenwärtig 120 000  
Personen, darunter 5500 Frauen, in die Reihen des Not-  
standsdienstes einmünden. Bemerkenswert ist hierbei  
der verhältnismäßig hohe Prozentsatz der Arbeiter in den  
gemeinnützigen Organisationen, ein Beweis, daß der Not-  
stands- und gewerbliche Arbeiter für die Notwendigkeit der  
Einrichtung volles Verständnis hat. Ueber den Umfang der  
Tätigkeit der Technischen Nothilfe seit ihrem Bestehen wird  
in einer amtlichen Denkschrift mitgeteilt, daß in 1915/16  
insgesamt 20 770 Notfälle eingeleitet wurden. Mindestens  
ebenfalls häufig waren Notfälle der Arbeiter „alarmiert“,  
d. h. sie standen zum sofortigen Eingreifen bereit, brauchten  
aber nicht mehr in die Arbeit einzutreten. Wenn genötigt  
auch schon das Vorhandensein der Nothilfe, um treffende  
Draufgänger im Raum zu halten. Als ein einzelnes Bei-  
spiel für die außerordentlichen Wirkungen der Nothilfe in den  
gemeinnützigen Organisationen, ein Beweis, daß der Not-  
stands- und gewerbliche Arbeiter für die Notwendigkeit des  
Notstandsdienstes in der Tat ein tiefes Verständnis hat, sei  
hierbei erwähnt, daß im Mai dieses Jahres  
verworfen werden, denn für 124 Millionen wurden da-  
mals feindliche Waren durch rechtzeitige Entladung der  
Schiffe für der Verbrauch „errettet“. Ein anderer Fall  
war das Eingreifen der Nothilfe Ende August, als in Süd-  
westdeutschland ein allgemeiner Streik gegen die eisen-  
verarbeitende Industrie ausbrach und die Verlegung von  
Handel und Verkehr seitens der radikalen Elemente vor-  
berichtet wurde. Zur Unterbrechung der Technischen Nothilfe  
wird im Reichshaushalt die Bereitstellung von 50 Millionen  
Mark beantragt, und zwar hiervon 35 Millionen als ein-  
malige Ausgabe zur Ausstattung mit Arbeitsmitteln,  
Lebensmittel, Werkzeugen und dergl. m., während 15 Millionen  
als laufender Jahresbedarf an Gehältern, Löhnen, Mieten  
usw. veranschlagt werden.“

### Reichstagspräsident Löbe über die innere Lage.

DA, Kiel, 29. September.

In einer überaus zahlreich besetzten Versammlung hielt  
der bekanntlich der mehrheitlich sozialistischen Fraktion ange-  
hörende Reichstagspräsident Löbe eine große Rede zum  
Thema: „Deutschlands Lage und die Stellung der  
Sozialdemokratie“. Aus seinen Darlegungen  
sollen im folgenden die wesentlichen Stellen wiedergegeben:  
„Ich bin nicht so ungerecht, allzuviel von der Arbeit dreier  
Monate zu verlangen, aber ich frage doch, was für Ansätze  
zur Besserung die neue Regierung unternommen hat. Und  
da muß man feststellen, daß sie nichts getan hat, ja, noch nicht  
einmal die Rückschlüsse hat sie verstanden können. Da ist  
nämlich die Erwerbslosenfrage. Die Zahl der  
Erwerbslosen ist wieder kaum erheblich gestiegen. Da be-  
schuldige das bürgerliche Kabinett nicht, daß es die Schuld  
daran trägt, aber die Stilllegung größerer wirtschaftlicher  
Unternehmungen ist erst jetzt unter der neuen Regierung er-  
folgt. Wir haben eine Verordnung verlangt, daß die Still-  
legung von Betrieben mindestens sechs Wochen vorher mit-  
geteilt werden muß, um Mittel und Wege zu finden, sie zu  
verhindern; wir haben aber damit keinen Erfolg gehabt.  
Sehen wir weiter die Entwicklung des deutschen  
Geldes an. Dem Reich der deutschen Arbeiter war es ge-  
lungen, den Wert der Mark wieder zu heben. Seit Juni  
aber erleben wir wieder den Rückgang, der erst jetzt zum  
Stillstand gekommen zu sein scheint. Der Ruf nach einem  
neuen Finanzminister scheint kein Mittel zur Hebung des  
Markwertes gewesen zu sein, nur die Notenpresse läuft noch  
schneller als vorher. Die Regierung unternimmt ein sehr  
gewagt es Experiment, nämlich die Aufhebung der  
Zwangswirtschaft. Gewiss war sie schon durch-  
führbar, aber die Erfahrungen, die z. B. Baden mit der  
Aufhebung der Zwangswirtschaft für Meißel gemacht hat, hätte  
doch ein warnendes Beispiel sein sollen. Wenn immer wie-  
der der Stillstand nach einem Wiedereintritt der  
Sozialdemokraten in die Regierung erklärt, so



niederländische Gesandte Baron Geens, der schweizerische Legationsrat von Reuters Baron, der amerikanische Geschäftsträger Deich, außerdem der kanadische Gesandte, ferner waren vertreten die britische Gesandtschaft, die spanische Legation; ferner waren Vertreter anwesend: der Telegraphenverwaltungen von Dänemark, Desterreich, Ungarn und der Telegraphenverwaltung. Die Herren nahmen unter Führung des Direktors der Gesellschaft Telefunken G. Olf und des Vizepräsidenten ihres Ausschusses Geheimen Kommerzienrats Mamrotz die neuen Anlagen eingehend in Augenschein.

Die Sozialfürsorgefrage im Reichswirtschaftsrat. Wie die „Dona“ aus Kreisen des Reichswirtschaftsrats erzählt, ist der wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats durch den Vorsitzenden zum 8. Oktober in das Herrenhaus einberufen worden, um in eine Besprechung der Beschlüsse der Sozialfürsorgekommission vom 31. Juli 1920 einzutreten.

## Ausland.

### Willerand und die Wiederaufbaufrage.

Paris, 30. Sept. Beim Empfang des diplomatischen Korps durch Präsident Willerand sprach der Doyen in seiner Ansprache die Überzeugung aus, daß der Präsident wie bisher dem Wiederaufbau der internationalen Ordnung seine tatkräftige Mitarbeit leisten werde. In seiner Antwort betonte Willerand, daß seine Arbeit am Werte des Wiederaufbaus von der Mitarbeit der Solidarität aller zivilisierten Völker abhängt. Frankreich werde mit allen Kräften am Wiederaufbau der Welt teilnehmen im Vertrauen auf die Mitarbeit aller, um seinen eigenen Wiederaufbau zu erleichtern, der unerlässlich sei zur Wiederherstellung der Ordnung in der Welt. Willerand schloß mit dem Ausdruck der Überzeugung, daß das diplomatische Korps seine Mitarbeit im allgemeinen Interesse sichern und dieselbe auch zu gutem Ende führen werde.

### Jonescu's Beschlag in Italien.

Rom, 29. Sept. Inso Jonescu hat Rom verlassen, ohne trotz seiner vielen schönen Reden die Bedenken Italiens gegen die seine Entente zerküsst zu haben. Ein Zeitungsartikel drückt eine in weiten Kreisen verbreitete Ansicht aus, wenn er bemerkt, daß Rumänien die antitalienischen Tendenzen Sidlamiens neutralisieren könne. Jonescu habe u. a. geäußert, die kleine Entente bewege auch die Gefahr eines Anschlusses Deutschlands zu befürchten. Das sei aber nur eine Gefahr für Frankreich, nicht aber für Italien, das gerade im Gegenteil den Anschluß auf Grund des Nationalitätsprinzips fordere.

## Halle und Umgebung.

### Auslandsgefahr bei den Kleinbahnen und Privatseisenbahnen.

Zur Sachkenntnis wird uns geschrieben: „Das Wirtschaftsleben ist zu einer Zeit, in welcher die Verkehrsmittel besonders angepannt sind, von einer neuen Erschütterung bedroht. Die jenseitigen und langwierigen Verhandlungen des Verkehrsministeriums der Deutschen Straßenbahnen, Kleinbahnen und Privatseisenbahnen mit dem Transportarbeiterverband und dem Fahrverband der Privatseisenbahner zur Erneuerung des zum Ablauf mit dem 30. September 1920 gefälligen Tarifvertrages sind gescheitert. Die Verhandlungen des Verkehrsministeriums gehen dahin, daß die volle Reichsbahn aus auf die Kleinbahnen und Privatseisenbahnen übertragen werden sollte. Es ist allgemein bekannt, daß die Reichsbahn mit einem jährlichen Verlust von vielen Millionen arbeitet, der zum großen Teil durch die Ausgaben an Gehältern, Abhängigen und sonstigen Gehältern bedingt wird. Wenn dies auch bei einem öffentlichen Unternehmen des Reiches für möglich gehalten wird, so ist es ohne weiteres klar, daß eine Zulassung solcher bei Unternehmen, die fast nur mit privatem Kapital arbeiten, ausgeschlossen ist. Diese Unternehmen müssen sich zum mindesten aus sich selbst erhalten.“

Es bekamen hüben aufmerksame Zuhörer. Redner hielt den Reichstag an Carl August in den Vordergrund und leitete dessen vorliegende menschliche Mängel von seiner übertriebenen Erregung durch Anna Amalia und ihre strenge Umgebung. Eine Folge dieser Erregungsweise zeigte sich denn wiederum in einem ausgeprägten, an das Entzückte freireichenden Herrscherwillen, der, zu einer unheimlichen Charaktereigenschaft sich entwickelnd, von Anna Amalia unterdrückt bzw. in maßvolle Grenzen zurückgeführt werden sollte, aber dann um so heftiger zum Durchbruch kam. Der Herrscher war kein Freund von Hülfe, Langsamkeit und vorsichtiger Kleinarbeit, mehr im Gegenteil, Temperamentvoll und stürmisch von einem heftigen Tatendrang besetzt. Als ein Ausfluß dieser heftigen Eigenheit darf auch sein Eintritt in den preussischen Militärdienst und sein langes Verbleiben in diesem bemerkt werden. Vergt ist weiterhin die oft aufgeworfene Behauptung, daß Carl August der erste deutsche Fürst gewesen sei, der seinem Lande eine Verfassung gegeben habe, denn Schwarzburg-Rudolstadt war ihm auf dem Wege vorangegangen auch wurde das liberale Mittel der Verfassung durch den Herzog-Großherzog nunmehr rückschrittlicher Bestimmungen noch weiter eingeschränkt. Der „freundliche“ und liberale Landesfürst darf also in das Gebiet der Romane verweisen werden.

Der zweite Tag, der 20. wurde mit einem interessanten Vortrag des Seneca Historikers, Universitätsprofessor Geh. Rat Dr. Cartellieri über: „Die unwürdige Politik der Stauer“ eröffnet. — Universitätsprofessor Dr. Koeppe (Frankfurt a. M.) sprach dann noch über Julius Mafier unter Bezugnahme auf dessen demnachst zu gehörenden 200. Geburtstag. In Verbindung mit diesen Reden und Ausreden an der Hand von Mafiers verschiedenen Veröffentlichungen trug der Redner die Künsterwerke der Reformkunst auf die am 30. d. M. offiziell zu gründende „Gesellschaft der Freunde heimischer Altertumsforschung“. Am Nachmittag fand eine gemeinsame Besichtigung und gegen Abend ein Vortrag von Prof. Dr. Scheidemantel (Weimar) über: „Die Sitten des Klassischen Weimar“ mit anschließender statt. Mit einem Abendvortrag von Geh. Archivrat Dr. Baileu (Berlin) über: „Großherzog Carl Alexander von Sachsen-Weimar und Kaiser Wilhelm I.“ schloß die Reise der Vorträge der Tagung. — Am 30. erfolgte die Abfahrt nach Jena zur Besichtigung des „Städtischen Museums“, der „Vorlesungssammlung“ sowie des „Kriegsmuseums“, deren Bedeutungen durch Spezialvorträge erläutert wurden.

Die volle Reichsbahn sollte daher vom Arbeitgeberverband nicht bewahrt werden. Der Arbeitgeberverband ist aber im Bewußtsein der großen Verantwortung, die er der Allgemeinheit gegenüber trägt, bis an die Grenze der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit jeder Mittelgröße gegangen, hat diese Grenze lehrhaft übergriffen und den Arbeitnehmern von den Besätzen der Reichsbahn und Betriebsräten, in etwa 80 Prozent, in Ostfalen 85 Prozent und in den Ostpreußen C, D und E 80 Prozent anbezahlt. Dieses Angebot löst sich als eine erhebliche Aufhebung des Einkommens wie der Pension in sich. Lediglich bei den Arbeitnehmern der Reichsbahn, die dieses Angebot ablehnen zu müssen. Der Arbeitgeberverband sieht sich unter diesen Umständen genötigt, es bei den bisherigen Besätzen bewenden zu lassen und abzuwarten, bis die Arbeitnehmerverbände einsehen, daß ihre Forderungen an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Unternehmen ihre Grenze finden.

Vom Wohnungsamt. Vom 1. Oktober 1920 ab sind Wohnungsamt und Wohnungs-Nachweis — Dr. Berlin 11 — Dienstags und Freitags jeder Woche im Amtliche ordentliche Geschäfte der Geschäfte für jeden Aufnahmeverkehr geschlossen.

Die Vorbereitung der Handwerkerliste auf die Meisterprüfung beginnt aller Voraussicht nach am Donnerstag, den 14. Okt., abends 6 Uhr.

Waffenvertrieb mit „unabhängiger“ Erlaubnis. Herr Stadtrat Reimann schreibt in der von ihm am Mittwoch widerwärtigen Besetzung „Mittwoch“, daß die Erlaubnis der wirtschaftlichen Erlaubnis der Waffen und Munition, die ich durch Kriminalbeamte hatte beschlagnahmt lassen, erbrachte den schriftlichen Nachweis vom Reichsverwaltungsamt, der damals allein zuständigen Stelle für die Waage von Waffen usw. Die Erlaubnis der Waffen und Munition der Reichsbahn ist demnach nicht zu machen, da ich die Erlaubnis, nachdem die Kriminalpolizei bereits am ersten Tage irreführend hatte, auch meinerseits frei. Der „Nordkreis“ sollte sich daher erst unterrichten, wie der Fall liegt.“

Wohlfühlamt. Wie uns die Ober-Postdirektion in Halle mitteilt, wird das in der Halle für die Ober-Postdirektion in Halle und Halle einbezogene Wohlfühlamt am 1. Oktober seinen Betrieb aufnehmen. Die Überführung der Poststellen und Postämter nach Halle wird nach und nach durchgeführt werden; die Poststellen werden bis dahin von der Postdirektion in Halle besetzt. Die Poststellen in Halle werden bis dahin von der Postdirektion in Halle besetzt. Die Poststellen in Halle werden bis dahin von der Postdirektion in Halle besetzt.

## Kunst und Wissenschaft in Halle.

### Zwiederabend Confe-Trunk.

Halle, 30. September.

Der Verlegenheits wies eine erfindende Seele auf. Das halbesche Publikum, das dem halleischen „Kunst und Wissenschaft in Halle“ am 1. Oktober einhundertjährig sein wird, wird nach und nach durchgeführt werden; die Poststellen werden bis dahin von der Postdirektion in Halle besetzt. Die Poststellen in Halle werden bis dahin von der Postdirektion in Halle besetzt. Die Poststellen in Halle werden bis dahin von der Postdirektion in Halle besetzt.

## Provinzial-Nachrichten.

Merzbura, 29. Sept. (Ein Raubüberfall) ist am Dienstag abend im Grundhild Weiße Mauer Nr. 20 verübt worden. Hier wohnt der Stoffhändler Paul Eise, der von einem unbekannten besser gekleideten Herrn besucht wurde. Nach einiger Zeit kam ein Rauf zustande, und der Käufer bat, ihm die Stoffe einzupacken. In diesem Augenblick erhielt E. einen schweren Schlag auf den Hinterkopf, so daß er bewußtlos hinfiel. Erst nach circa zwei Stunden erwachte E. aus seiner Bewußtlosigkeit und mußte die Wahrnehmung machen, daß außer Stoffen in Werte von annähernd 1000 Mark auch noch Bargeld in der Höhe von 2500 Mark geraubt worden war. Der Schlag wurde von dem unbekannten Mann mit einem schweren Hinterkopf, der auf dem Schreibtische des Stoffhändlers stand, ausgeführt.

Egen, 29. Sept. (Streit zwischen Pfarre und Gemeinde.) Pfarre Prussia von der Friedenskirche in Berlin wird als Superintendent und Oberpfarrer hier einziehen. Das Schreiben, das die kirchlichen Körperschaften an ihn richteten, um ihn zur Ablehnung der hiesigen Stelle zu veranlassen, ist von ihm dahin beantwortet worden, daß er sich nicht zu einer Zurückweisung seiner Berufung in das hiesige Amt entschließen könne, da sich das mit seinem inneren Empfinden nicht vereinigen. Er sei ein Mann des Friedens und hoffe in diesem Sinne hier zu wirken. Die kirchlichen Körperschaften, alle Gemeindevorstände und Gemeindevorsetzungen, haben nunmehr ihre Vertreter niedergelassen.

7. Nürnberg, 29. Sept. (Wohnliche Raub.) Abends um neun Uhr wurden mit ihren Familien, insgesamt 20 Personen, aus dem von den Polen besetzten Hause vertrieben, nachdem ihnen ihre wertvollen Güter samt Gelder weggenommen und sie selbst ausgewiesen worden waren. Die Röhre veranlaßte einen Preiswert von 180 000 Mark und sind heute das zwölfte wert. Die Geschädigten werden ihre Schadenersatzanträge natürlich an allen in Betracht kommenden Stellen geltend machen und auch den Versuch des Staatsrates für Anstalt anrufen. Ihre persönliche Sache fordern die Angehörigen des Wagners, deren Frau bei Schenkenmeister am 30. Sept. mit dem Mann und deren Tochter in dem erwähnten Zustande weitergeführt wurde. Die Röhre hatten im Dienst der deutschen Regierung gehalten. Ihren Ansehens und deren Familien wurde aber schon seit Jahr und Tag ab mitgeteilt. Nach ihren Aussagen ist es etwa zum anderen Schicksale der Angehörigen.

Magdeburg, 30. Sept. (Magdeburger Magistratspräsident gegen die Magistratspräsidenten.) Wegen die in der Sitzung der Magdeburger Stadtverordnetenversammlung vom 29. Sept. getroffene Neuregelung des Dienstverhältnisses der Magdeburger Magistratsmitglieder ist vom Magistratspräsidenten Einspruch erhoben worden. Der Magistrat in Magdeburg protestiert dagegen, daß auch in diesem Falle ein Eingriff in die Selbstverwaltung von dem Regierungspräsidenten erfolgt, ohne daß zuvor dem Magistrat mündlich oder schriftlich zur Verfügung gegeben worden ist. Wenn der Regierungspräsident sich an die Stelle seines Schreibens zur schriftlichen Verfügung bereit erklärt, so mußte, so hielt man in der „Mag. Ztg.“, der Magistrat eine solche nach erfolgtem Einspruch als abzulehnen, während er vorher selbstverständlich jederzeit gern zur Verfügung gestanden hätte. Auch sachlich ersehe die Beantragung des Magistratspräsidenten ungeschicklich. Nach der Auffassung der Magistratsmitglieder sollen die Grundbesitzer der besetzten Magistratsmitglieder wie folgt festgelegt werden: a) besetzte Stadträte 13 200—20 000 Mark (jezt 15 200—22 000 Mark), b) zweiter Bürgermeister 33 000 Mark (jezt 30 000 Mark), c) Oberbürgermeister 38 000 Mark (jezt 30 000 Mark), 35 000 Mark). Danach soll eine Veranschlagung stattfinden bei den besetzten Stadträten einschließlich aller Ausgaben um 3000 Mark, bei dem zweiten Bürgermeister um 10 500 Mark und bei dem Oberbürgermeister einschließlich der gleichfalls geforderten Herabsetzung der nichtpensionsfähigen Dienstaufwandsentschädigung um 14 250 Mark. Der Magistrat beantragt, daß der Herr Regierungspräsident es nicht der Mühe für Wert gehalten hat, sich über das Maß der Arbeit, welches den einzelnen Magistratsmitgliedern obliegt, bes zu unterrichten. Wenn im übrigen die Verhältnisse der Staatsbeamten herangezogen werden, so mußte darauf hingewiesen werden, daß auch im Frieden die Besitzer der Magistratsämter über die Besetzung der Ämter im Frieden und im Kriegeszeiten, meist andererseits die Möglichkeit, geeignete Kräfte zu erhalten, nicht vorlag. Tatsächlich stellt sich das Höchstgehalt der besetzten Stadträte gegenwärtig auf 37 800 Mark gegen 10 000 Mark im Frieden, das Gehalt des zweiten Bürgermeisters auf 49 800 gegen 16 000 Mark und dasjenige des Oberbürgermeisters einschließlich der nichtpensionsfähigen Dienstaufwandsentschädigung auf 64 800 Mark gegen 25 000 Mark.

## Letzte Depeschen.

### Telegraphischer Spezialdienst der „Sachse-Zeitung“.

25. Magdeburger-Preis für Kartoffeln. 29. Sept. Berlin, 30. September. (Drahtnachricht.) Die Volkswirtschaftsamt des Reiches hat den von einem Antrag der Unabhängigen zu 2. März angenommen, nach dem die Höhe der Höchstpreise des Magdeburger Kartoffel-Preises sofort wenn Wärsen mit aller Schärfe einzuwirken sollen, ebend den Antrag der Unabhängigen Parteien, nach welchem der Höchstpreis der Kartoffeln der Reichsbahn in Magdeburg in Verbindung mit den Eigenproduzenten der Landesregierung, des Handels und der Verbraucher über die Kartoffelversorgung biligt und erwartet, daß die Reichsregierung die unzulässige Ernte und die Beförderung der Kartoffeln nachdrücklich fördert. Der Preisgehohe wurde auf 25 Mark festgesetzt.

### Die Festschließung der deutsch-polnischen Grenze.

Königsberg, 30. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Wie das Königsberger Oberpräsidium mitteilt, wird in nächster Zeit die endgültige Festschließung der deutsch-polnischen Landesgrenze an der West- und Südgrenze der zum Abstimungsbereich gehörenden Regierungsbezirke Allenstein und Marienwerder in der Anlage nehmen. Die technische Grenzregulierung wird der Reichsregierung in Magdeburg, nach der Interessenten Kommission, zur Festschließung der deutsch-polnischen Grenze vorgehen. Sie besteht aus zwei deutschen, polnischen, britischen, französischen und italienischen Kommissaren und einem japanischen Kommissar. Die Kommission ist berechtigt, auf polnischer wie auf deutscher Seite allein und bei den Einwohnern wie bei den Behörden, die beide zu allen Auskünften verpflichtet sind, Erkundigungen einzulegen. — Wie ergänzend dazu noch berichtet wird, ist dem Führer der deutschen Delegation, Generalen W. Treutler, als neuer technischer Berater der Geheimrat Fischer von der Reichsregierung des Auswärtigen Amtes beigegeben worden.

### Überfall auf ein Hamburger Postamt.

Hamburg, 30. Sept. Sechs maskierte Männer herausden im Postamt VI den Geldschrank, dem für 220 000 Mark Wertpapiere und für 450 000 Mark Wertgegenstände entnahmen. Die Ermittlungen sind sofort eingeleitet worden.

### Aus der Bräufel Konferenz.

Brüssel, 30. September. (Drahtnachricht.) Die Finanzminister der Belgien, die am 29. September in Brüssel tagten, haben eine gemeinsame Erklärung abgegeben, die den Inhalt der Konferenz enthält. Die Konferenz hat sich über die Lage der Weltwirtschaft, die Lage der Weltwirtschaft und die Lage der Weltwirtschaft unterrichtet.

### Der Nachfolger Kamenevs.

London, 30. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Der Nachfolger Kamenevs, der Vorsitzende des Exekutivkomitees der allrussischen Gewerkschaften Majanow ist in London eingetroffen, doch heißt es, daß seine Rolle nicht über die eines technischen Beraters hinausgehen werde.

Eintritt des deutschen Gesandten in London. 30. Sept. London, 30. September. (Drahtnachricht.) Heute um 11 Uhr ist der deutsche Gesandte in London, Herr von...



